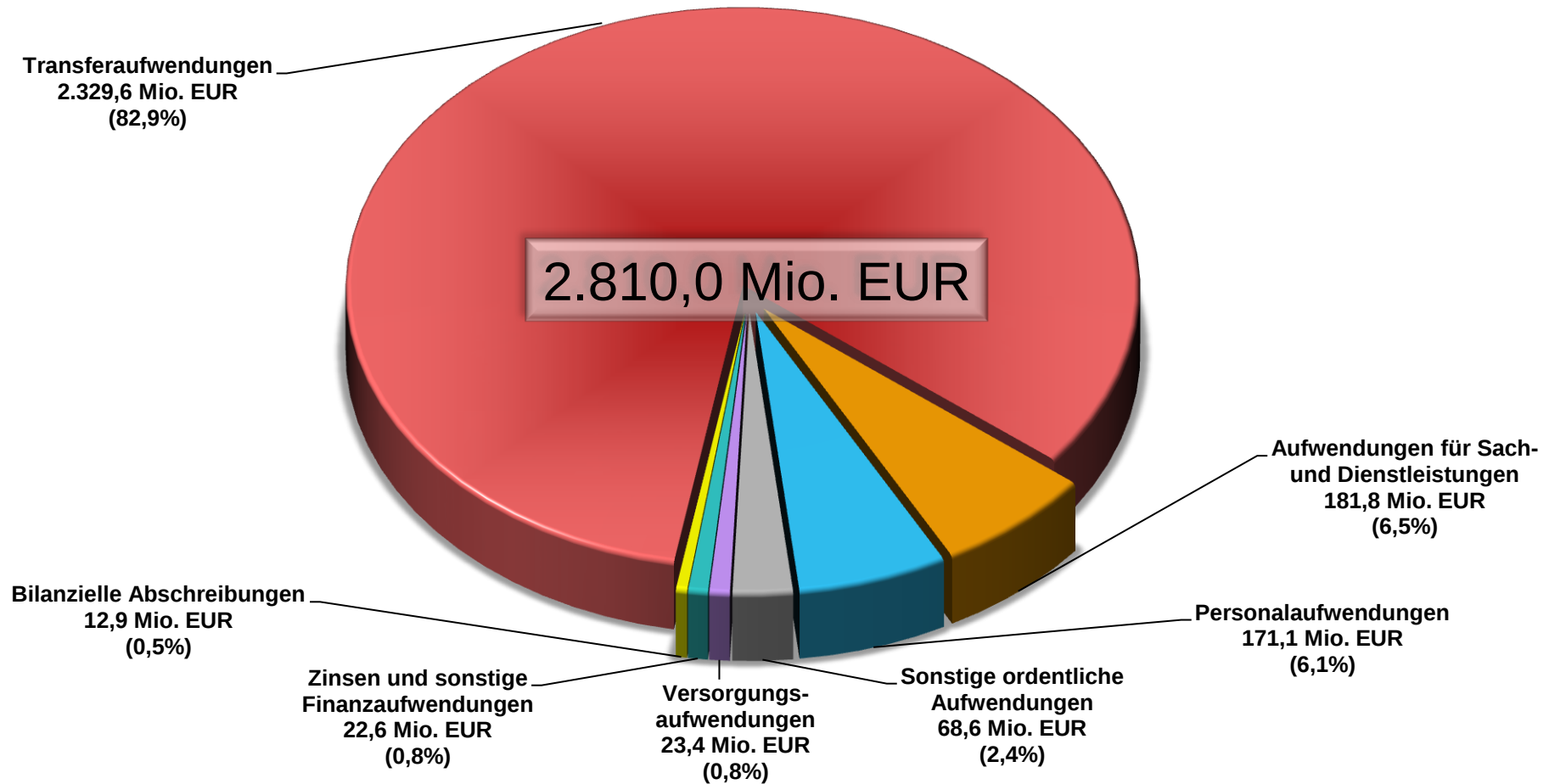

Rahmenbedingungen und Eckpunkte des LWL-Haushaltsplanentwurfes 2013

Vortrag von Herrn Erster Landesrat **Matthias Löb**
anlässlich der Besprechung mit den kreisangehörigen
Gemeinden und Städten am 06. November 2012

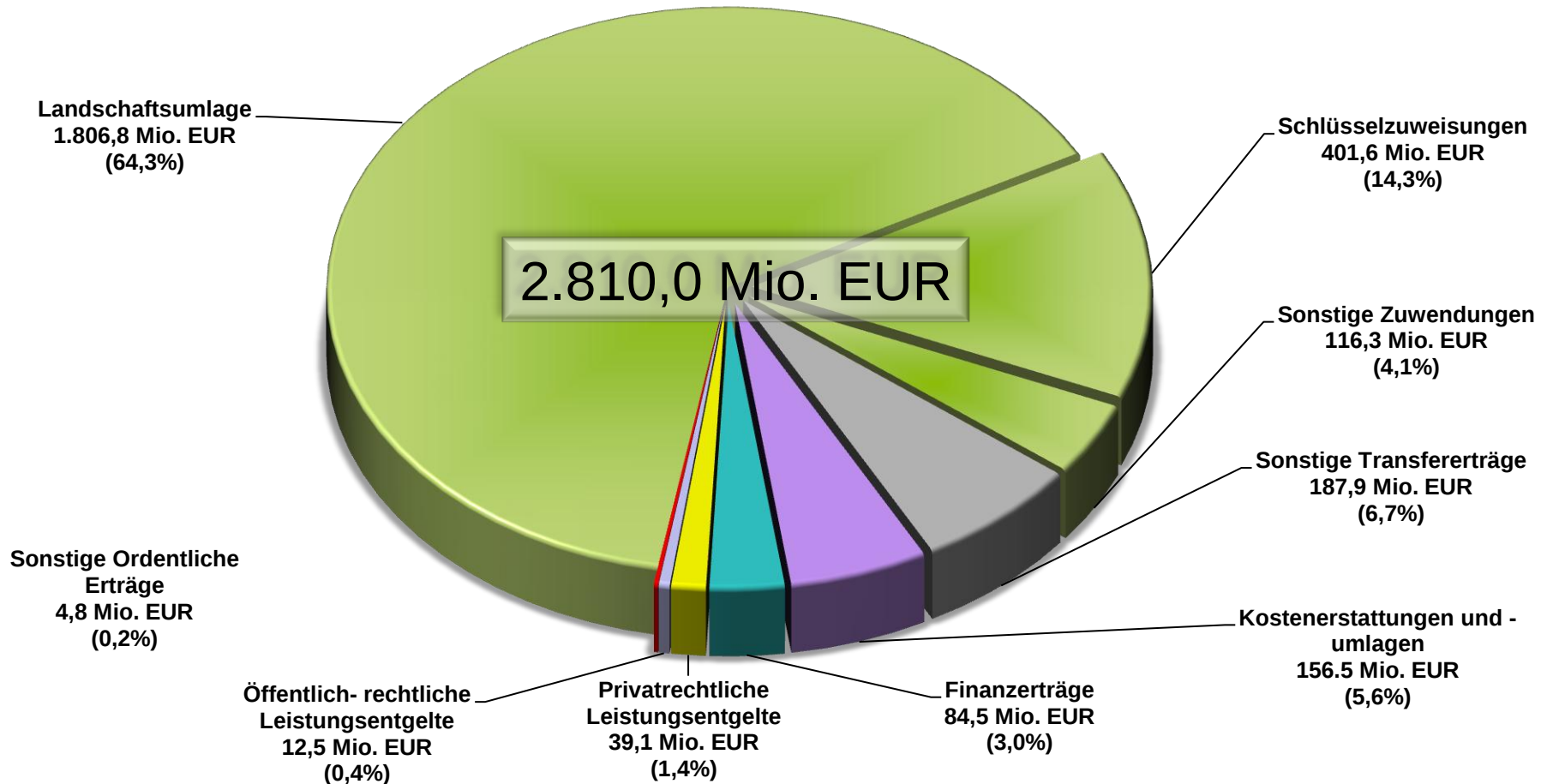
- 1. zur Struktur des LWL-Haushaltes**
- 2. *Exkurs:* Was versteht man unter „Eingliederungshilfe“?**
- 3. besondere Entwicklungen für das Haushaltsjahr 2013**
 - 3.1** Tarifeinigung
 - 3.2** Entgeltverhandlungen in der Eingliederungshilfe
 - 3.3** sonstige Aufwandssteigerungen in der Eingliederungshilfe
- 4. Vorschlag zur Landschaftsumlage 2013**
- 5. mittelfristige Finanzplanung und politischer Ausblick**

zur Struktur des LWL-Haushaltes

Aufwendungen im Haushaltsplan 2013



Erträge im Haushaltsplan 2013



Kennzahlen zum Haushaltsplan 2013



Allgemeine Deckungsmittel
2.208,4 Mio. EUR (78,6%)



Transferaufwendungen
2.329,6 Mio. EUR (82,9%)

Landschaftsumlage
1.806,8 Mio. EUR (64,3%)



Eingliederungshilfe
1.913,9 Mio. EUR (68,1%)

Exkurs:

**Was versteht man unter
„Eingliederungshilfe“?**

Ambulant Betreutes Wohnen / Werkstatt für behinderte Menschen



„Das Tolle ist, dass die beiden hier für sich selbst sorgen, soweit sie es eben können“, sagt die Betreuerin*

Und sie arbeiten in einer Werkstatt für behinderte Menschen**



* 6 Fachleistungsstunden à 52,30 EUR pro Woche
= **rd. 1.255 EUR monatlich**

** **rd. 700 EUR** + Sozialversicherung **monatlich**

Stationäres Wohnen

In manchen Fällen ist die stationäre Wohnhilfe die langfristige Perspektive:

Eine Frau, verheiratet, eine Tochter, vollzeitbeschäftigt bei einer Krankenversicherungsgesellschaft, erkrankt an einer paranoiden Schizophrenie. Aufgrund dieser dauerhaften und gravierenden Beeinträchtigung wird eine psychische Behinderung festgestellt.

Ein stationärer Förder- und Betreuungsbedarf ist erforderlich.*

* Wohnheimkosten **rd. 4.140 EUR monatlich**

zuzüglich Barbetrag rd. 100 EUR monatlich

zuzüglich KV-Beitrag rd. 200 EUR monatlich

Beispiel: Hilfen des LWL für die Menschen im Kreis Unna 2011 (1)

Hilfeart	Anzahl Hilfen	Auszahlungen
Eingliederungshilfe (insgesamt)	3.101	ca. 70,6 Mio. EUR
• davon stationäres Wohnen	855	ca. 37,9 Mio. EUR
• davon für Menschen aus Unna	191	rd. 8,4 Mio. EUR
• davon ambulant betreutes Wohnen	649	ca. 6,9 Mio. EUR
• davon für Menschen aus Unna	144	rd. 1,4 Mio. EUR
• davon in Werkstätten für Behinderte Menschen	1.451	ca. 21,5 Mio. EUR
• davon für Menschen aus Unna	267	rd. 4,0 Mio. EUR
• davon in Schul- und Berufsausbildung	63	ca. 3,7 Mio. EUR
• davon in Tagesstätten für psychisch behinderte Menschen	83	ca. 0,6 Mio. Euro

besondere Entwicklungen für das Haushaltsjahr 2013

- **Tarifeinigung**
- **Entgeltverhandlungen**
in der Eingliederungshilfe
- **sonstige Aufwandssteigerungen**
in der Eingliederungshilfe

Auswirkungen der Tarifeinigung für den LWL

1. prozentuale Erhöhungen der Tabellenentgelte TVöD (K)

- 01.03.2012 = + 3,5 %
 - 01.01.2013 = + 1,4 %
 - 01.08.2013 = + 1,4 %
- } **⊖ 4,20% p.a.**

2. Auswirkungen für das Haushaltsjahr 2013

- **Mehrbelastung** = rd. 6,3 Mio. EUR

Auswirkungen der Entgeltvereinbarungen

1. prozentuale Erhöhungen der Entgeltsätze

- 01.07.2012 = + 2,6 %
 - 01.01.2013 = + 1,6 %
- } **Ø 2,75% p.a.**

2. Auswirkungen für das Haushaltsjahr 2013

- **Mehrbelastung** = rd. 63,0 Mio. EUR

1. **Fallzahlenanstiege**

- ... durch **medizinischen Fortschritt**
(z.B. Frühgeborene, Unfallopfer, Schlaganfall-Patienten...)
- **höhere Lebenserwartung** bei Menschen mit wesentlichen Behinderungen
- ...durch **Leistungskürzungen** bei vorrangig verpflichteten Sozialleistungsträgern

2. **Fallkostenanstiege**

- ...durch **Tarifsteigerungen**
- ...durch gesellschaftlich gewollte **Standardverbesserungen**
(z.B. Abschaffung von Mehrbettzimmern durch das WTG)
- ...durch höhere individuelle **Hilfebedarfe**

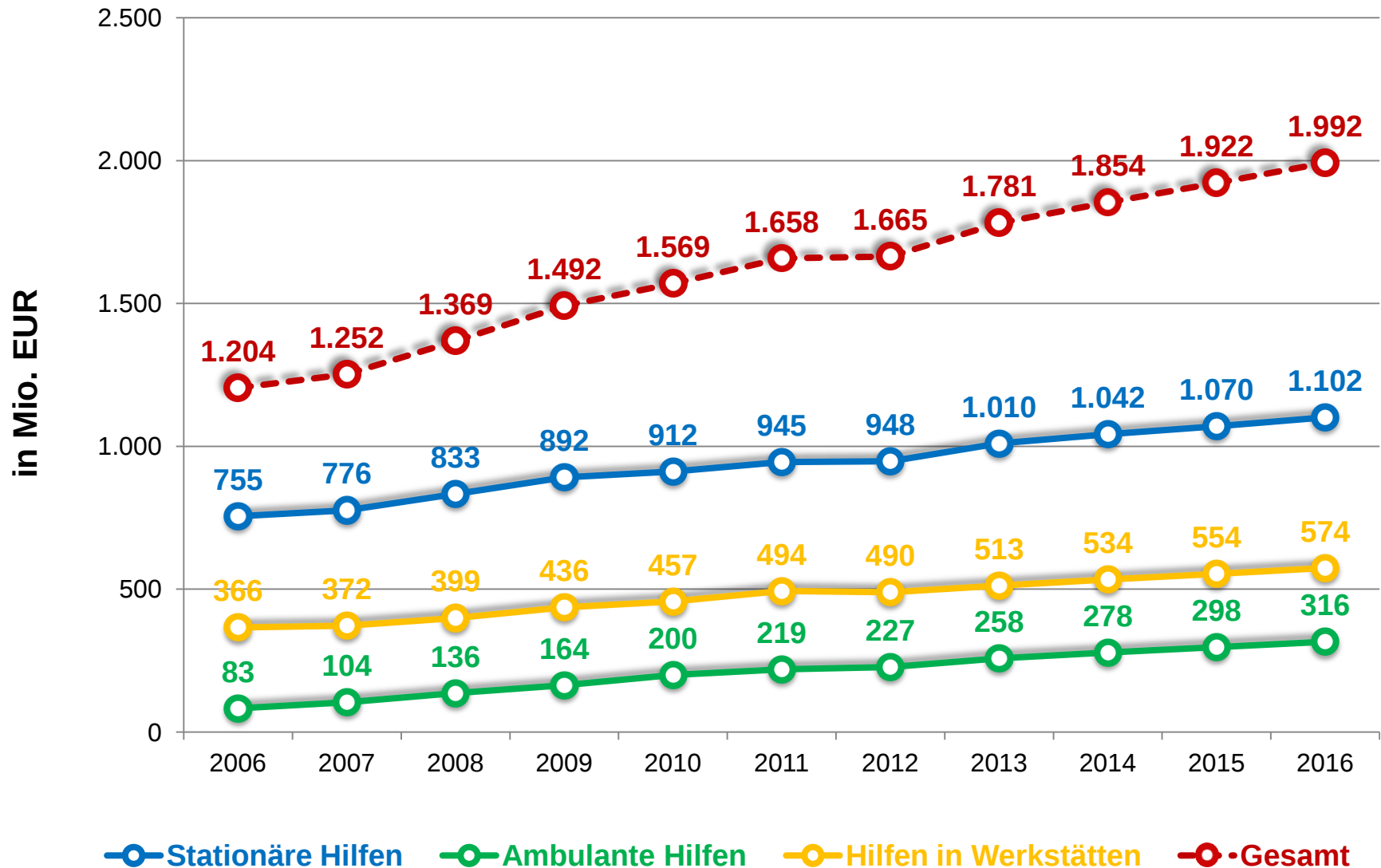
Einige Ursachen für Fallzahlen- und Kostensteigerungen

- 70% der Wohnhilfen-Empfänger sind jünger als 50 Jahre.
→ Folge: lange Verweildauern in den Hilfesystemen
- 14.000 Werkstatt-Beschäftigte leben derzeit noch bei ihren Eltern und beziehen (noch) keine Wohnhilfen.
→ Folge: künftige Fallzahlensteigerungen bei Wohnhilfen
- Der Anteil an Menschen mit schweren und mehrfachen Behinderungen steigt an.
→ Folge: höhere Hilfebedarfe = höhere Fallkosten
- Die Anzahl der älter werdenden und pflegebedürftigen Menschen mit Behinderung steigt an.
→ Folge: höhere Hilfebedarfe = höhere Fallkosten

Entwicklung der Eingliederungshilfe 2012 zu 2013 (LWL)

	2012	2013	Kostensteigerung
Stationäres Wohnen	948 Mio. EUR	1.010 Mio. EUR	↑ 62 Mio. EUR
Ambulant Betreutes Wohnen	227 Mio. EUR	258 Mio. EUR	↑ 31 Mio. EUR
Teilhabe am Arbeitsleben	490 Mio. EUR	513 Mio. EUR	↑ 23 Mio. EUR
Übrige Produkte Eingliederungshilfe (einschl. Kinder mit Behinderung)	130 Mio. EUR	133 Mio. EUR	↑ 3 Mio. EUR
Gesamtkosten	1.795 Mio. EUR	1.914 Mio. EUR	↑ 119 Mio. EUR

Entwicklung der Eingliederungshilfe 2006 zu 2016 (LWL)



Vorschlag zur Landschaftsumlage

Haushaltsplanung 2013

Haushaltsdefizit 2012

(in 2012 nicht durch LU abgedeckt!)

- 21 Mio. EUR

wesentliche Verschlechterungen:

- Entgeltsteigerung Eingliederungshilfe - 63 Mio. EUR
 - Fallzahlentwicklung und steigende
Hilfebedarfe Eingliederungshilfe. - 53 Mio. EUR
-

saldierter Finanzbedarf 2013:

- 137 Mio. EUR

davon gedeckt durch wesentliche Verbesserungen:

- „Mitnahmeeffekt“ bei gleichem Hebesatz (16,1%) + 36 Mio. EUR
 - Entlastung durch Übernahme der GruSi + 37 Mio. EUR
 - höhere Schlüsselzuweisungen + 9 Mio. EUR
 - sonstige Verbesserungen LWL + 1 Mio. EUR
-

noch offener Finanzbedarf 2013:

(bei gleichem Hebesatz von 16,1%)

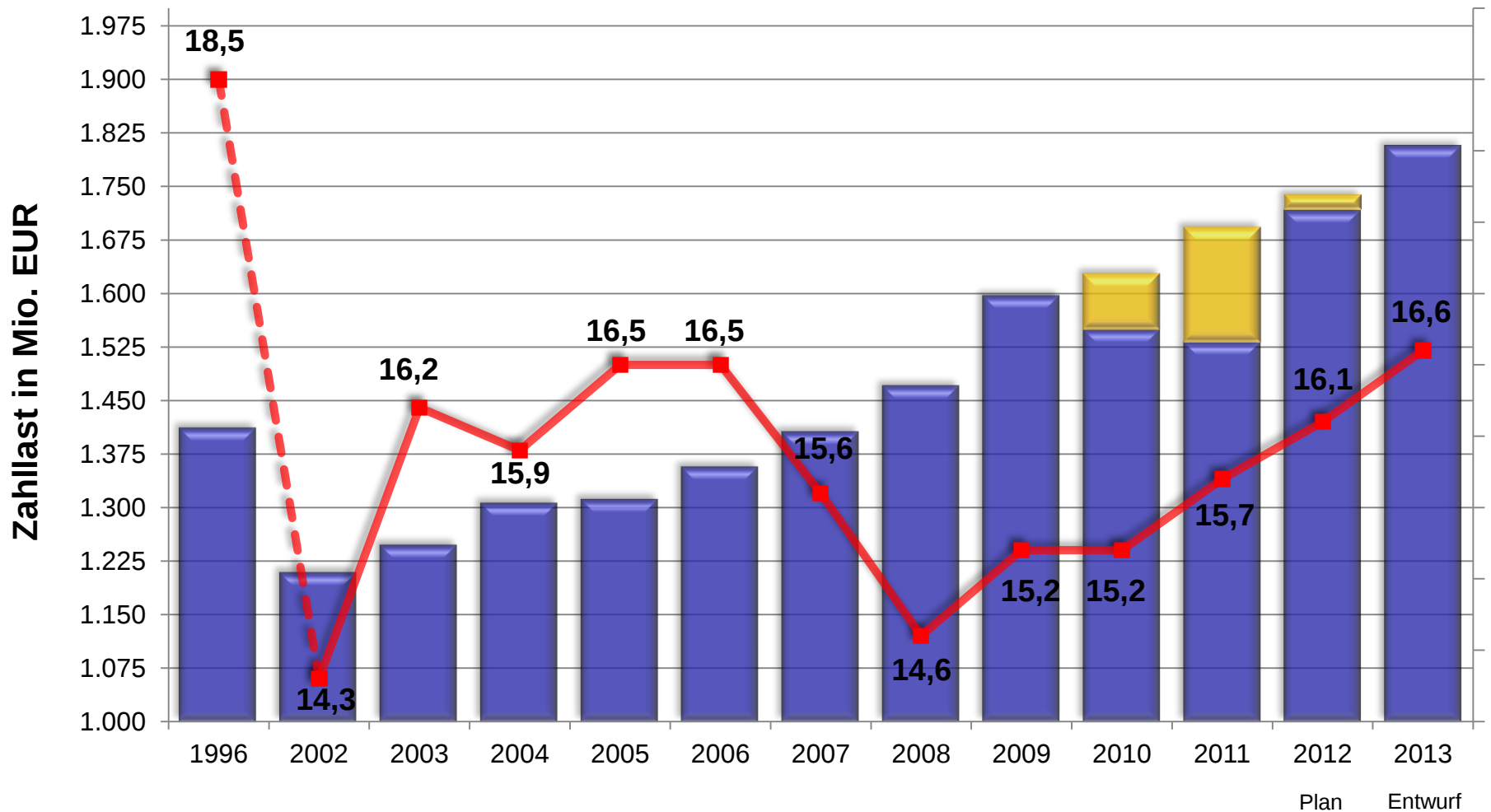
- 54 Mio. EUR

Haushaltsplanung 2013

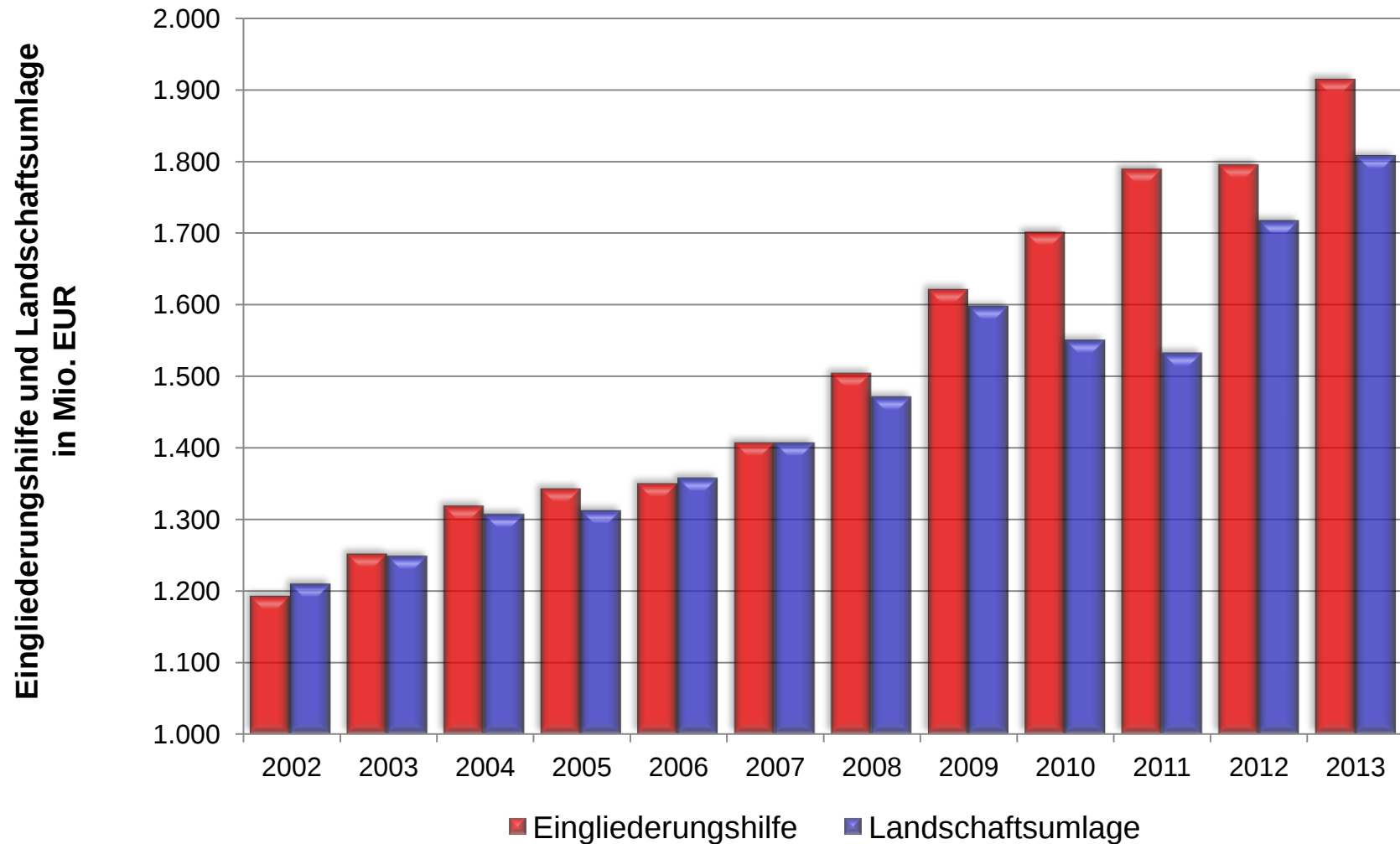
Erträge bei einem Hebesatz von 16,1 %	rd. 2.756 Mio. EUR (2012: 2.643 Mio. EUR)
Aufwendungen	rd. <u>2.810 Mio. EUR (2012: 2.664 Mio. EUR)</u>
Haushaltsplandefizit bei einem Hebesatz von 16,1%	rd. 54 Mio. EUR (2012: 21 Mio. EUR)

= ***Für den Haushaltsausgleich 2013 ist eine Erhöhung des Hebesatzes um 0,5%-Punkte auf 16,6% erforderlich!***

Hebesätze und Zahllasten der Landschaftsumlage des LWL

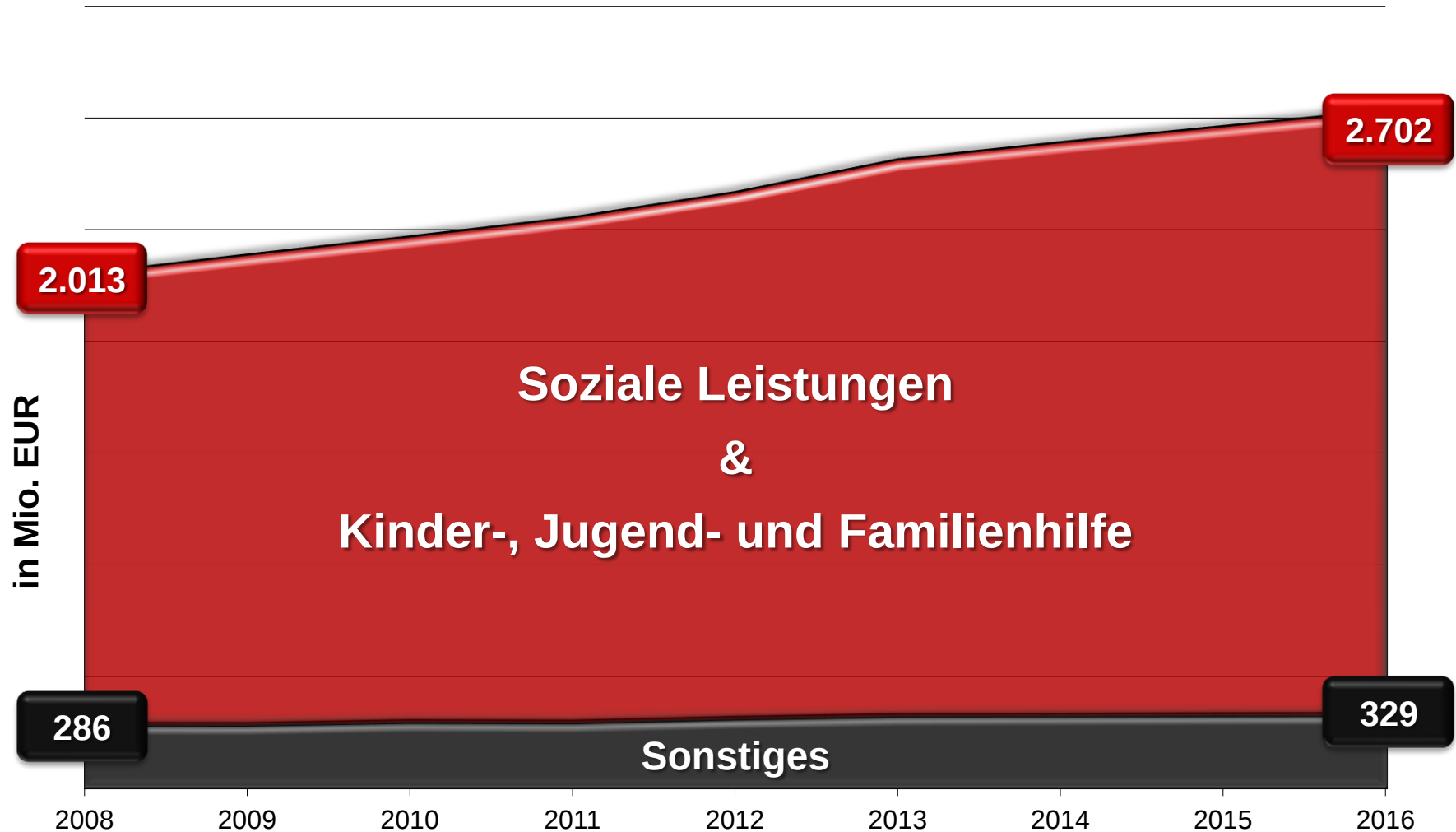


Eingliederungshilfe – Zahllast der Landschaftsumlage



Alternativen zur Umlageerhöhung?

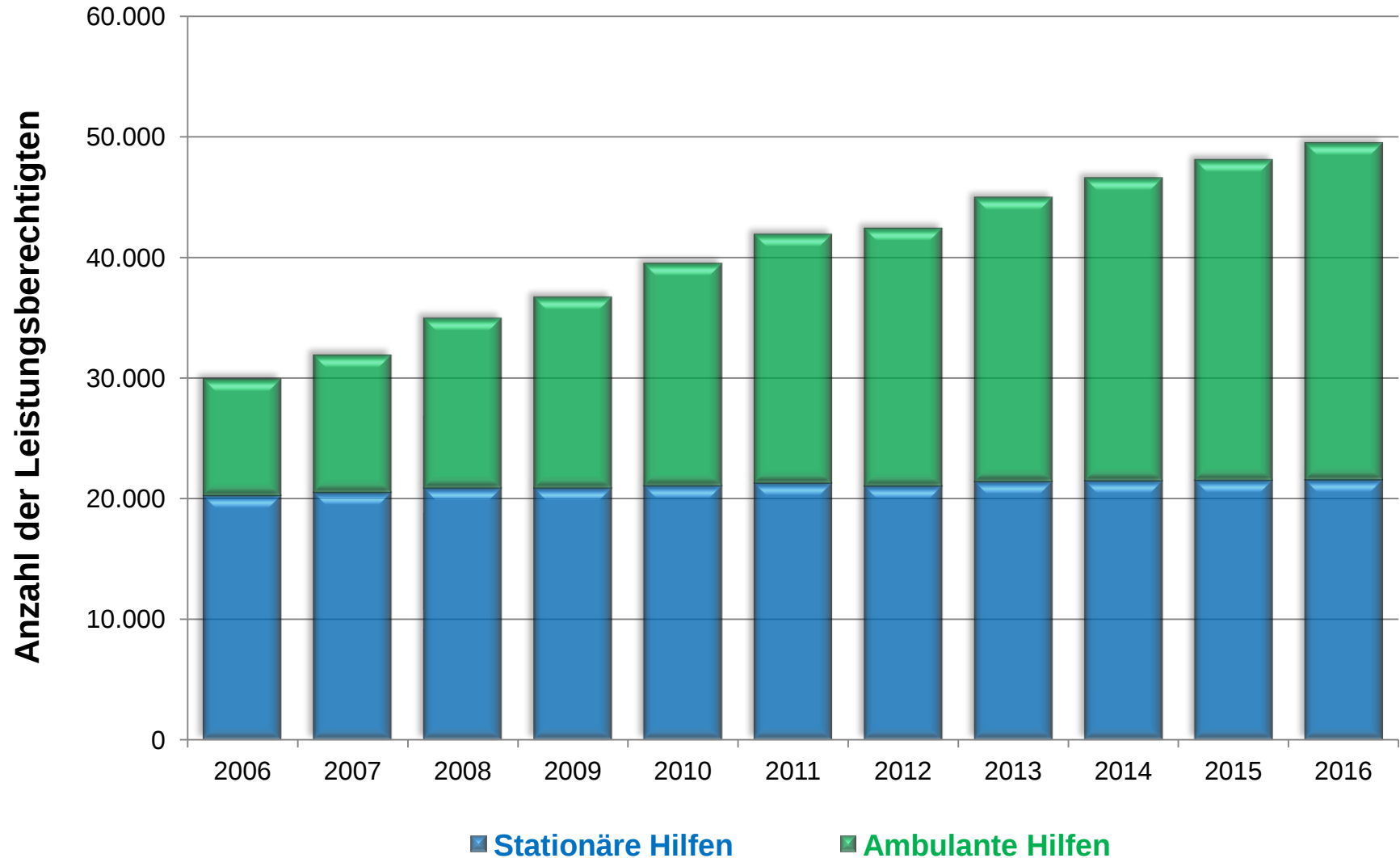
Schwerpunkt des LWL-Haushaltes



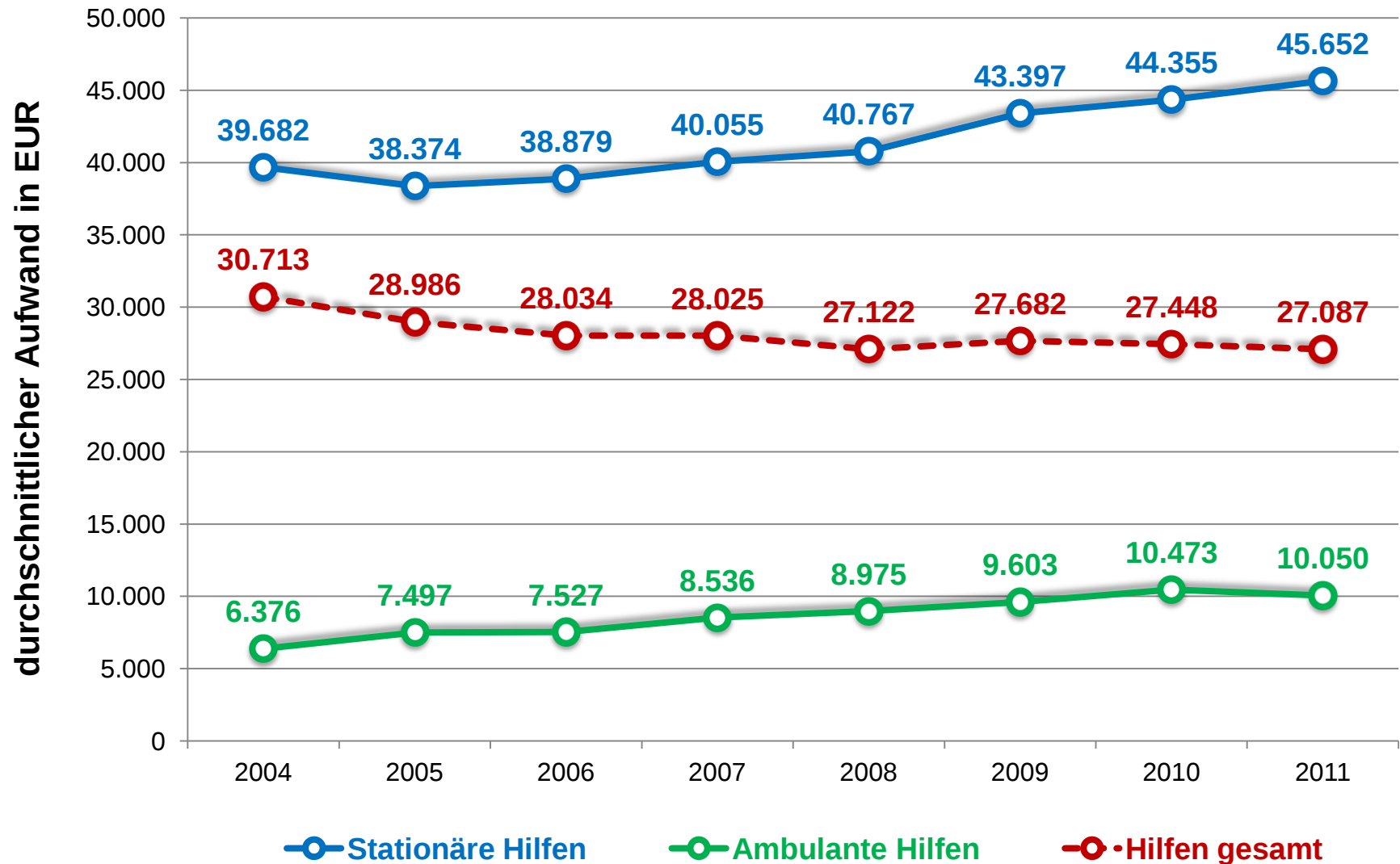
Maßnahmen zur HH-Entlastung beim LWL (Beispiele)

- **Kostendämpfungen in der LWL-Behindertenhilfe u.a.**
 - pauschale Entgeltvereinbarungen unterhalb der tariflichen Entwicklung
 - Abschluss der Rahmenzielvereinbarungen „Wohnen“ und „Arbeit“
 - Ausbau niedrigschwelligerer, kostengünstigerer Hilfen;
Grundsatz: „ambulant vor stationär“
 - verstärkte Inanspruchnahme vorrangiger Hilfesysteme
 - Rahmenvereinbarung „Zukunft der Eingliederungshilfe in NRW“
 - Projekt „Teilhabe 2012“
 - Neuorganisation der Fahrdienste zu den westf.-lippischen Werkstätten für behinderte Menschen
- **Einsatz der Verkaufserlöse aus der RWE WVE – Beteiligung für Investitionen**
- **Finanzierung der sich aus der Finanzkrise ergebenden Risiken zur Sicherung der WestLB AG außerhalb des Haushalts**
- **Liquiditätsverbund mit dem Sonder- und Treuhandvermögen**
- **Finanzierung großer Sonderausstellungen aus der LWL-Kulturstiftung**

Leistungsberechtigte mit wohnbezogenen Hilfen (LWL)



Entwicklung der durchschnittlichen Fallkosten in NRW



Überörtliche Prüfung des LWL durch die GPA in 2011

- *„Die Haushaltswirtschaft des LWL wird zum überwiegenden Teil durch Faktoren bestimmt, die er nicht selbst oder nur eingeschränkt beeinflussen kann. Eigene Konsolidierungserfolge hat der LWL über das **Reduzieren von Standards** erzielt.*
...
- *Wir können feststellen, dass sich die **Behindertenhilfe** des LWL mit demProjekt Teilhabe 2012 den zukünftigen Entwicklungen und Herausforderungen der Eingliederungshilfe gestellt hat.*
...
- *Die Landschaftsverbände erreichen einen guten bis sehr guten Standard in der Aufgabenerledigung. Gegenüber den Kreisen ... zeigt sich für den LWL ein vergleichbarer oder geringerer Personaleinsatz für die Aufgaben der **Inneren Verwaltung**. ... **Beiden Verbänden können wir ... einen bewussten Umgang mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen bescheinigen.**“*

Entwicklung der Ausgleichsrücklage beim LWL

Stand der Ausgleichsrücklage am 01.01.2010	rd.	325 Mio. EUR
Abdeckung des Haushaltsdefizites 2010	rd. -	78 Mio. EUR
Abdeckung des Haushaltsdefizites 2011 gem. der Jahresrechnung (Entwurf)	<u>rd. -</u>	<u>161 Mio. EUR</u>
Rest-Bestand am 01.01.2012	rd.	86 Mio. EUR
Erwartetes Haushaltsdefizit am Jahresende 2012	<u>rd. -</u>	<u>5 bis 15 Mio. EUR</u>
Voraussichtlicher Rest-Bestand am 01.01.2013	rd.	71 bis 81 Mio. EUR

Umlageerhöhung vs. Einsatz der Ausgleichsrücklage

Das nicht ausgeglichene **strukturelle Defizit von rd. 54 Mio. EUR** lässt sich nur ausgleichen

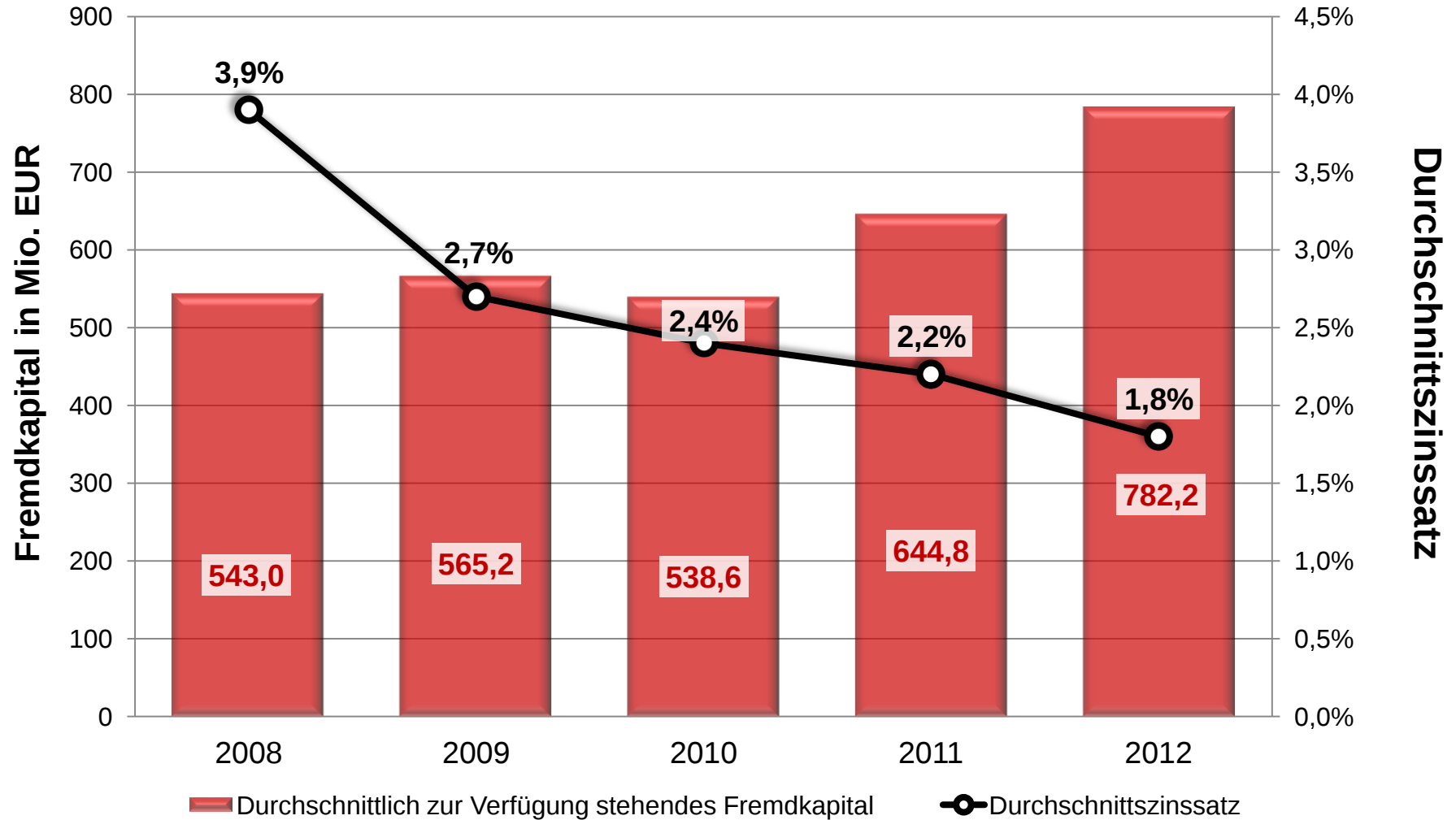
... durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage
oder

... durch eine Umlageerhöhung um 0,5%-Punkte.

Die Verwaltung schlägt die **Umlageerhöhung** vor,

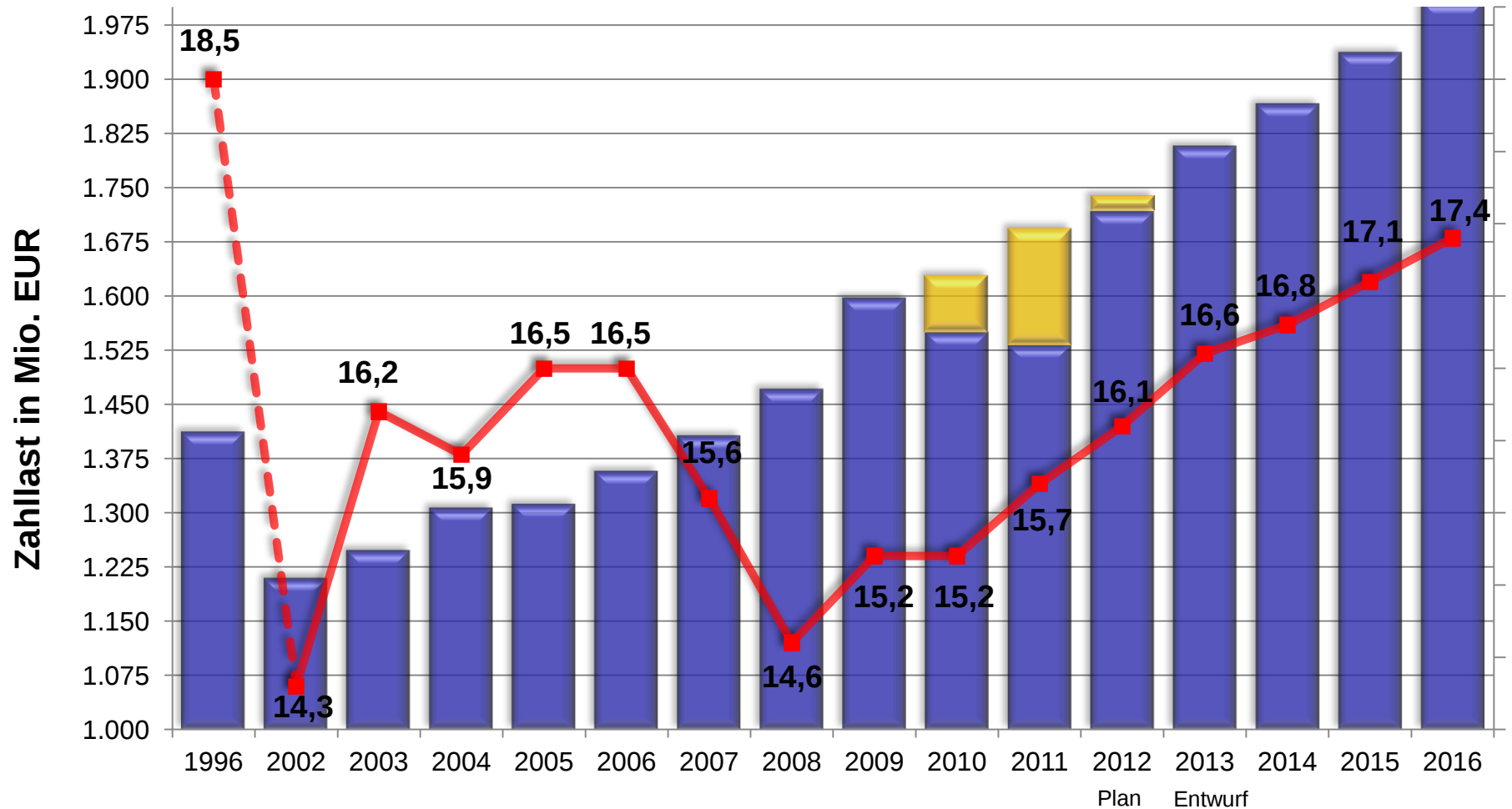
- damit künftige Aufwandssteigerungen in schwierigen Jahren noch durch die Ausgleichsrücklage abgedeckt werden können.
- damit bei unterjährig negativen Entwicklungen die Ausgleichsrücklage als Schwankungsreserve vorhanden ist.
Als Alternative bliebe sonst nur die unterjährige Anpassung der Landschaftsumlage.
- damit die Zinsbelastung nicht steigt.

Entwicklung des Fremdkapitals

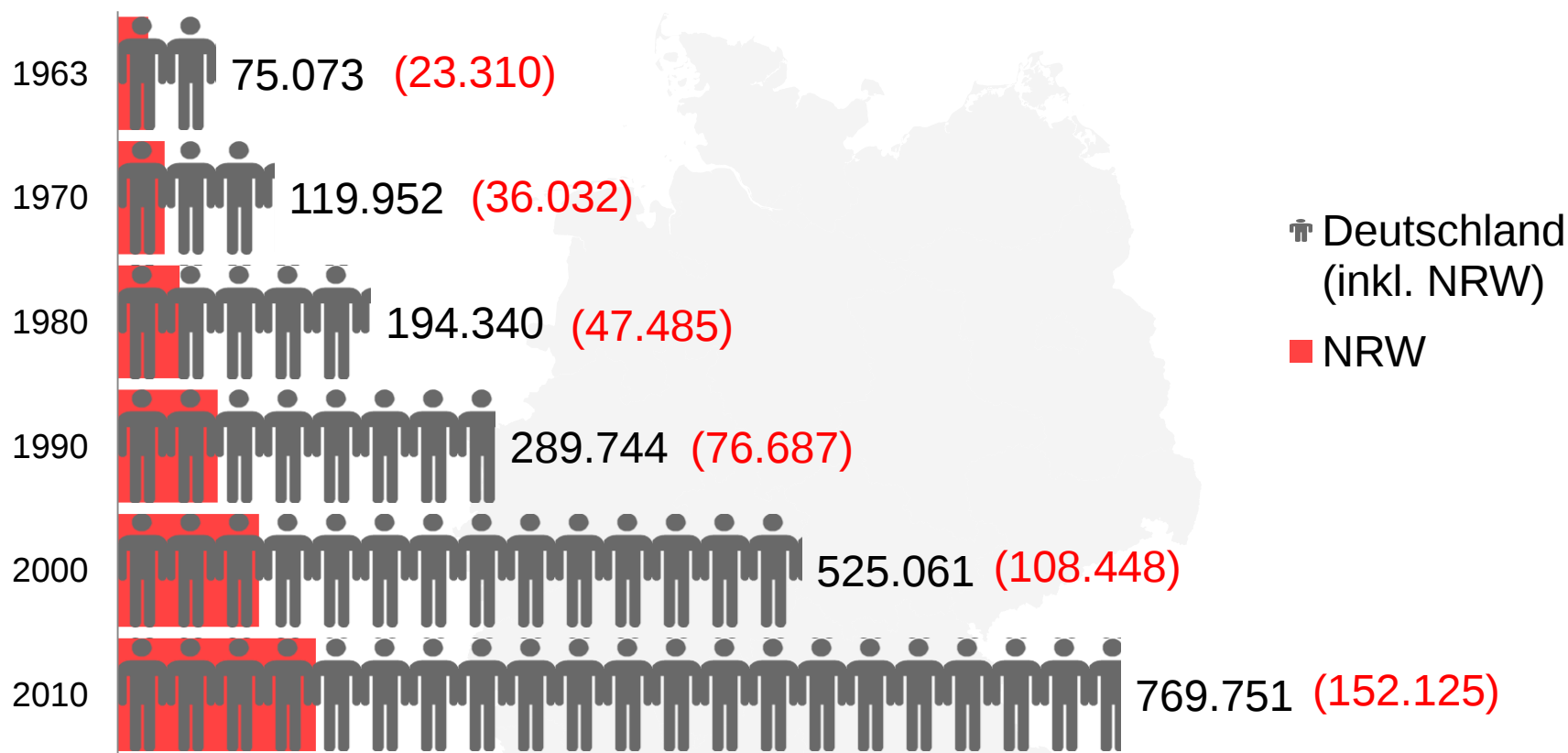


mittelfristige Finanzplanung und politischer Ausblick

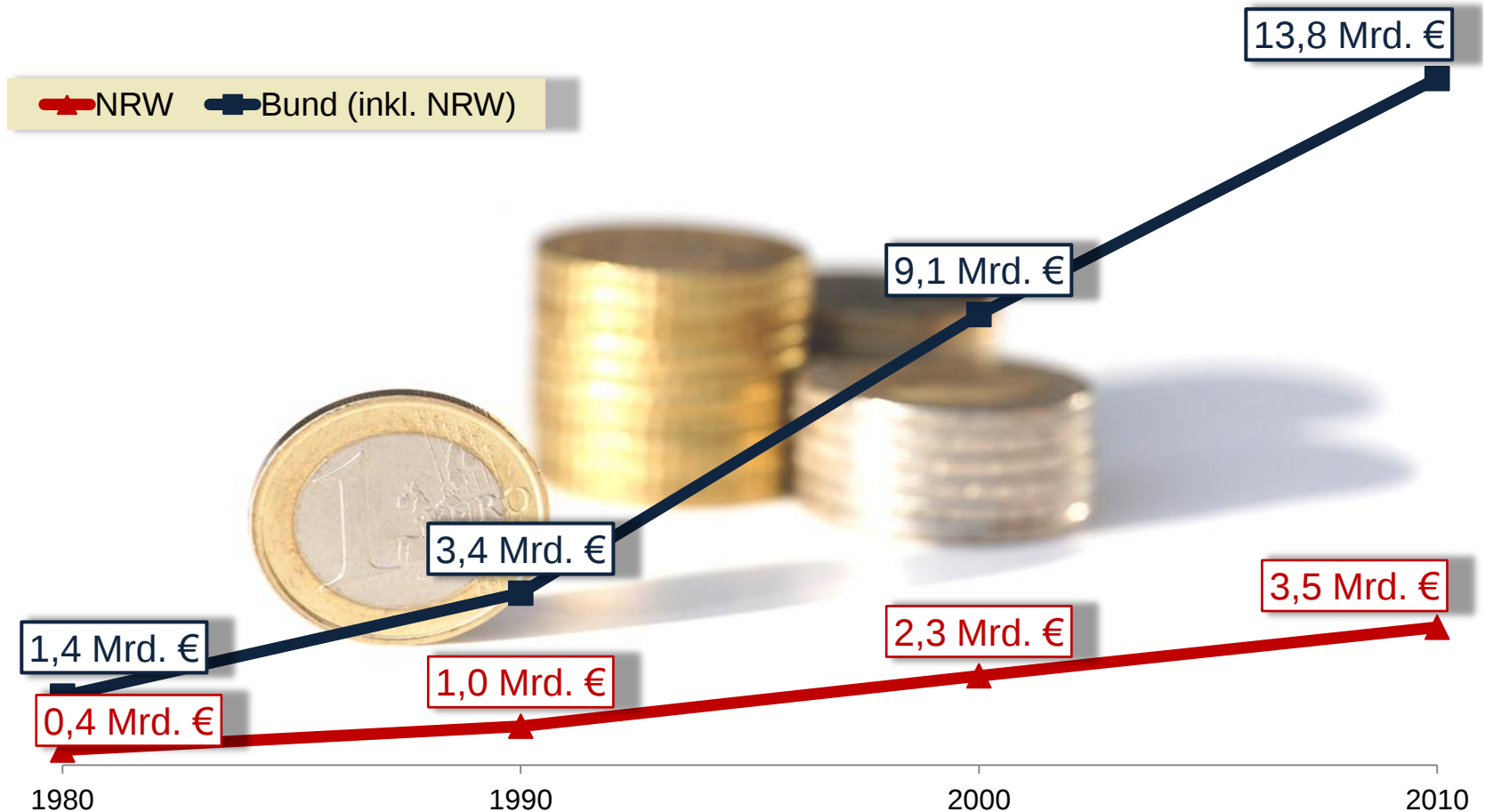
Hebesätze und Zahllasten der Landschaftsumlage des LWL



Empfänger/-innen von Eingliederungshilfe in NRW und Deutschland



Anstieg der Kosten für Eingliederungshilfe in NRW und Deutschland



Bund-Länder-Einigung zum EU-Fiskalpakt

Zusage des Bundes: Erarbeitung eines **Bundesleistungsgesetzes** für behinderte Menschen in der nächsten Legislaturperiode.

■ fachliche Inhalte:

- Fachleistungen für Menschen mit Behinderungen aus der Sozialhilfe nehmen
- Hilfen personenzentriert statt einrichtungsbezogen ausgestalten
- UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen und ein weitgehend selbstbestimmtes Leben in einem inklusiven Sozialraum ermöglichen
- Hilfen für Menschen mit Behinderungen und die Leistungen der Sozialversicherungssysteme besser aufeinander abstimmen.

■ erhoffte Entlastung für Länder / Kommunen: 4,0 Mrd. EUR

■ aber: Verknüpfung mit **Bund-Länder-Finanzausgleich!**

kommunale Forderungen an den Bund

- Beteiligung des Bundes mit **mindestens einem Drittel** an den Kosten der Eingliederungshilfe (zugleich „Interessensquote“ des Bundes).
- Finanzierungsbeitrag des Bundes muss mit **Dynamisierungsklausel** versehen werden.
- **Zügige** Umsetzung der Bund-Länder-Vereinbarung, beginnend schon ab 2013.
- Qualitativer Umbau der EH, aber **kein Aufsatteln neuer Standards**. Dabei muss auch über die Einführung eines **Bundesteilhabegeldes** gesprochen werden.
- Unvermeidbare Standardverbesserungen dürfen geplante Entlastungseffekte nicht schmälern.

**Vielen Dank
für Ihre Aufmerksamkeit!**